

6 weitere Jahre Baustelle

Der Bahnhof ist fertig, nun wird der Vorplatz zum Aufregerthema

Die Dauerbaustelle am Bahnhof Schöneweide bleibt uns noch lang erhalten. Zwar soll in diesem Sommer die Tramwendschleife fertig gestellt, die Fahrtreppen und Aufzüge zu den Gleisen in Betrieb genommen und die Tramhaltestelle vor dem Einkaufscenter eingeweiht werden, doch dann folgt der Bahnhofsvorplatz.

Seit dem Frühjahr 2023 wurde an einem Konzept für die Neugestaltung des Vorplatzes gearbeitet. Dazu gab es eine umfassende Bürgerbeteiligung. Das fertige Freiraumkonzept wurde nun am 25. Januar vorgestellt. Wie sich während der Veranstaltung rausstellte, wurde aber nicht die Planung, sondern nur ein Konzept vorgestellt. Die finale Planung durch den Bezirk beginnt erst jetzt!

Die Umsetzung des Bauvorhabens hängt an zwei weiteren Bauvorhaben: Die InfraVelo errichtet ein Fahrradparkhaus auf dem Platz. Dieses soll erst 2027 fertig sein. Die Deutsche Bahn saniert das alte Empfangsgebäude und errichtet ein neues Zwischengebäude. Die Bahn rechnet mit einer Fertigstellung aber erst im Jahr 2030! Ob vorher mit dem Umbau des Platzes begonnen wird, ist unklar!

Die Ideen für den Vorplatz hören sich aber sehr gut an. So soll durch die Begrünung des Platzes die Aufenthaltsqualität erhöht werden. Durch die Notwendigkeit der Versickerung von Regenwasser wird der Platz nicht komplett versiegelt werden. Die Barrierefreiheit, Sicherheit und

generelle Ansprüche des Fuß- und Radverkehrs sind in der Konzepterstellung ausführlich bedacht worden. Ebenso soll es eine Jelbi-Station, einen Taxistand und „Kiss&Ride“-Parkplätze geben. Das Fahrradparkhaus wird Platz für 1.160 Räder und eine Station mit Reparaturservice bieten. Auch Sonderfahräder können dort abgestellt werden. Weitere Stellplätze für Räder wird es rund um den Bahnhof geben. So soll der Umstieg vom Rad auf den ÖPNV vereinfacht werden. Für den Platz ist viel Beleuchtung vorgesehen, um dunkle Ecken zu verhindern. Der Name des Platzes „Cajamarcaplatz“ soll sich in seiner Gestaltung wiederfinden. Ein Wettbewerb zur Gestaltung soll dazu ausgerufen werden.

Mein Fazit ist aber ernüchternd: Der Bezirk wird nicht zeitnah mit den Bauarbeiten anfangen. Die InfraVelo hätte längst detailliert planen und spätestens in 2025 das Fahrradparkhaus errichten können. Mindestens ein zusätzliches Jahr wird uns dieses Projekt beschäftigen. Und die Bahn macht mich fassungslos. Schon 2018 führte ich Gespräche, bei denen mir von Planungen berichtet wurde. Seitdem scheint aber tatsächlich nichts passiert zu sein. Mit dem Bau des neuen Zwischengebäudes wird wohl kaum vor 2028 begonnen. Dann muss übrigens der Eingang des Fahrgasttunnels aus Schöneweider Seite erneut geschlossen werden. Etwas tröstlich ist, dass wenigstens der Bahnhof bald fertig ist.

Kein ganzer Bahnhof und trotzdem wichtig

Der Bahnhof Oberspree wartet auf die Aufwertung



Der Bahnhof Oberspree ist nicht einmal ein richtiger Bahnhof. Für die Deutsche Bahn AG ist es ein Haltepunkt. Für die Menschen in Oberspree und Spindlersfeld ist die S47 die Lebensader in die Innenstadt. Seit Jahren bemühe ich mich um eine Verbesserung der Anbindung sowie um eine Aufwertung des Bahnhofes.

Wer zum Bahnhof Oberspree möchte und südlich der Oberspreestraße wohnt, nimmt gern den Weg entlang der Kleingärten. Vermutlich vor über 30 Jahren wurde der Weg zuletzt hergerichtet. Mittlerweile haben sich Krater, Wellen und Löcher gebildet, welche den Weg zu einer Stolperfalle machen. Eis und Schnee sind da sogar hilfreich, füllen sie doch die Löcher gut auf.

Der Weg gehört der Bahn. Ich setze mich dafür ein, dass der Weg zeitnah neu angelegt wird. Und ich setze mich dafür ein, dass das Versprechen aus allen Koalitionsverträgen der letzten Jahre endlich umgesetzt wird: Der 10-Minuten-Takt auf allen Strecken der S-Bahn. Um dies zu erreichen, wären zwei Varianten denkbar: Das zweite Gleis am Bahnhof Oberspree oder die zweite Bahnsteigkante am Bahnhof Spindlersfeld.

Ein Blick auf die Bautätigkeiten entlang der kurzen Strecke verdeutlicht, wie wichtig die S47 mit der richtigen Taktung sein könnte. Hinzu kommen die rund 15.000 neuen Arbeitsplätze in Oberschöneweide, welche durch die neue Wilhelminenhofbrücke an den Bahnhof Oberspree angebunden werden sollen.

So bin ich ansprechbar:

KIEZBÜRO „AnsprechBar“
Siemensstraße 15, 12459 Berlin
E-Mail: wahlkreisbuero@lars-duesterhoeft.de
Telefon: 030 / 40 74 22 73

ABGEORDNETENHAUS
Niederkirchnerstr. 5, 10117 Berlin
E-Mail: lars.duesterhoeft@spd.parlament-berlin.de
Telefon: 030 / 23 25 22 90

Montag 10-18 Uhr
Dienstag 10-15 Uhr
Mittwoch 10-18 Uhr
Donnerstag 10-15 Uhr

ODER DIREKT unter
0179 / 39 34 615

(auch per WhatsApp, Signal oder Telegram)



SPD
Zeitung von Lars Düsterhöft
AnsprechBar
für Sie im Abgeordnetenhaus Berlin

Ausgabe Februar 2024

Produziert mit Co2-Ausgleich

Unser Miteinander ist bedroht

Die AfD will Millionen Menschen deportieren

Liebe Nachbarinnen und Nachbarn,

In unserer Nachbarschaft, in unserer Stadt - überall in unserem Land - leben Menschen, die sich derzeit große Sorgen machen. Wie sicher sind sie? Welche Zukunft haben ihre Kinder? Wohin gehören sie, wo dürfen sie sein?

Die Recherchen des Journalisten-Netzwerkes Correctiv haben Millionen von Menschen massiv verunsichert und zugleich bestätigt, was eigentlich alle schon längst wissen konnten: Die AfD ist keine Protestpartei, sondern ein Sammelbecken für Rechtsextremisten, Rassisten und Neonazis. Die Recherchen wurden durch die AfD nicht einmal bestritten. Führende Politiker*innen der Partei haben sich von der Idee der Deportation von Menschen nicht distanziert! Im Gegenteil, das Undenkbare ist gesagt und wird laut und offen wiederholt. Die Grenzen des Sag- und Denkbaren haben sich wieder verschoben.

Genau wie die Nazis rund um Adolf Hitler schmieden Kader der AfD Pläne, wie man nach einer „Machtübernahme“ die

Menschen konzentrieren und deportieren könnte, die nicht in ihr Weltbild passen: Geflüchtete, Menschen ohne deutsche Staatsbürgerschaft und unliebsame Menschen mit deutscher Staatsbürgerschaft.

Was bei den Nazis noch „die Juden“ waren, sind bei der AfD „die Moslems“. Der sogenannte „Madagaskar-Plan“ der Nazis wird kopiert und mit verharmlosenden Begriffen wie „Remigration“ verschleiert. Diese Pläne passen zu anderen Aussagen, welche sich gegen andere Gruppen in unserer Mitte richteten. So wandte sich Björn Höcke im August 2023 gegen die gesellschaftliche Teilhabe von Menschen mit Behinderung.

Wenn wir also, wie am 26. Januar in Oberschöneweide geschehen, mit immer neuen Stolpersteinen, der Opfer der Nazi-Diktatur gedenken, sehen wir auch 80 Jahre nach dem Holocaust, dass wir nach wie vor wachsam sein müssen. Es ist die Aufgabe eines jeden von uns, dass sich die Geschichte nicht wiederholt!

Ihr Lars Düsterhöft

315 Millionen Euro für Radwege in Peru?

Desinformationen aus dem rechten Spektrum



Vor Kurzem wurde ich gefragt, wie es möglich sei, dass Rentnerinnen und Rentner in Deutschland Pfandflaschen sammeln müssen, während das Land scheinbar 315 Millionen Euro für Radwege in Peru ausgibt und China mit mehreren Milliarden Euro Entwicklungshilfe unterstützt.

Diese Nachricht verbreitete sich besonders schnell über die sozialen Netzwerke. Zunächst einmal: Ja, es stimmt, dass Deutschland den Bau von Radwegen in Lima unterstützt. Lima wächst rapide, und Radwege ermöglichen besonders ärmeren Menschen eine umweltfreundliche Mobilität. Vor zwei Jahren wurden dafür 24 Millionen Euro zugesagt, mit dem konkreten Ziel, Projekte für den Klimaschutz zu fördern.

Dies ist wichtig, da die Erreichung der globalen Klimaziele stark von den Maßnahmen im globalen Süden abhängen. Gemäß dem Pariser Klimaabkommen hat sich Deutschland dazu verpflichtet, ärmere Länder beim Klimaschutz zu unter-

stützen, was mehr als sinnvoll ist. China wiederum erhält schon seit 2010 keine Entwicklungshilfe mehr, im Gegensatz zu Indien. Hier besteht die Hilfe größtenteils aus günstigen Krediten, die mit Zinsen zurückgezahlt werden.

Die Unterstützung ärmerer Länder liegt im eigenem Interesse Deutschlands, da globale Krisen, insbesondere die Klimakrise, nur durch globale Zusammenarbeit bewältigt werden können. Außerdem trägt die Entwicklungszusammenarbeit letztlich dazu bei, Fluchtursachen zu mindern.

Es ist wichtig zu betonen, dass es sich bei solchen Fehlinformationen um Propaganda aus dem rechten politischen Spektrum handelt. Ihr Ziel ist es, die Handlungen der aktuellen Regierung in ein schlechtes Licht zu rücken. Das schadet unserer Demokratie. Kritik ist selbstverständlich legitim, aber es ist entscheidend, solche Informationen auf ihre Echtheit hin zu überprüfen, bevor sie ungefiltert weiterverbreitet werden.

Das Existenzminimum für Jung und Alt

12 Prozent mehr Bürgergeld und Grundsicherung im Alter

Zum 1. Januar 2024 wurde ein Jahr nach der Einführung des Bürgergelds dieses erhöht. Die Kritik an dieser Erhöhung war massiv. Was gern vergessen wird: Auch die Grundsicherung im Alter hängt am Bürgergeld!

Seit dem 1. Januar 2024 erhalten alleinstehende Empfängerinnen und Empfänger des Bürgergelds 61 Euro mehr. Das ist eine Erhöhung um 12% auf 563 Euro pro Monat. Doch diese Erhöhung kommt nicht durch einen politischen Beschluss zustande! Seit der Einführung der Hartz IV-Gesetze beschäftigten sich zahlreiche Gerichte mit der Höhe dieses Existenzminimums. Die Erhöhung zum Januar 2024 folgt somit der gesetzlich und richterlich festgelegten Berechnungsformel und gleicht die erheblichen Preissteigerungen der letzten Jahre aus.

Da besonders Menschen mit geringem Einkommen unter diesen Preissteigerungen leiden und das Bürgergeld ein menschenwürdiges Existenzminimum garantieren muss, war es der SPD-Fraktion im Bundestag besonders wichtig, sich hierfür einzusetzen, sich dabei gegen die Widersprüche der Opposition durchzusetzen und ihre Koalitionspartner von der Anpassung zu überzeugen.

Grundsicherung im Alter

Ein Argument wird in den sozialen Netzwerken bemüht: Für die „deutschen Rentnerinnen und Rentner“ sei zu wenig Geld da, und währenddessen werde für „die Arbeitslosen“ zu viel Geld ausgege-

ben. Hier wird verheimlicht, dass die Grundsicherung im Alter identisch ist mit dem Bürgergeld. Auch die Rentnerinnen und Rentner mit einer sehr niedrigen Rente bekommen diese Erhöhung.

Lohnt es sich noch arbeiten zu gehen?

In der Debatte um die Erhöhung des Bürgergelds wurde auch wiederholt behauptet, dass es sich nicht mehr lohnen würde, arbeiten zu gehen. Doch diese Behauptung lenkt davon ab, um was es eigentlich gehen muss: höhere Löhne, von denen die Menschen leben können. Zudem hilft ein Blick in die Statistik, um dieses Argument zu widerlegen: Noch nie gingen so viele Menschen in unserem Land einer sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung nach. Wer arbeiten geht, hat stets mehr Geld und nimmt zweifelsohne intensiver am gesellschaftlichen Leben teil. Arbeiten gehen ist mehr als Geld verdienen.

Was Asylsuchende bekommen

Nicht zuletzt wurde behauptet, dass Asylsuchende und Geflüchtete nur nach Deutschland kommen würden, um hier Bürgergeld zu kassieren. Ein Blick in die Gesetze widerlegt auch diese Behauptung. Denn Asylsuchende und Geflüchtete bekommen erst nach der Anerkennung Bürgergeld. Zuvor erhalten sie Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz. Diese Leistungen wurden auch zum 1. Januar 2024 erhöht, liegen aber mit maximal 460 Euro ganze 103 Euro unterhalb des Bürgergelds.

Wenn das Grundwasser zum Problem wird

Die Niederschläge der letzten Monate lassen die Pegel steigen



Die deutlich erhöhten Niederschläge in den letzten Monaten waren dringend nötig, nachdem wir in Berlin mehrere Jahre Dürre erlebt haben. Doch der Regen ist für viele Hauseigentümer in Johannisthal auch ein massives Problem.

1901 wurde das Wasserwerk Johannisthal in Betrieb genommen. Bis zu 300.000 Einwohner wurden in den folgenden Jahrzehnten mit Trinkwasser versorgt. Nach der Wiedervereinigung sank der Trinkwasserverbrauch deutlich. Ebenso wurden zahlreiche Schadstoffe wie Arsen, Cyanid und LCKW im Einzugsgebiet gefunden, sodass 2001 die Wasserförderung eingestellt werden musste.

Doch seitdem drohen zahlreiche Häuser in Johannisthal sowie im Neuköllner Blumenviertel abzusaufen. Eine Hebeanlage in Neukölln half über Jahrzehnte, den Grundwasserspiegel niedrig genug zu halten. Nun ist die Anlage aber stark überaltert und muss ersetzt werden. Bereits im Landeshaushalt 2020/2021 waren durch mich Mittel für eine neue Anlage eingestellt worden. Jedoch wurden diese

Mittel wegen der Verweigerung der Senatsverwaltung für Mobilität, Verkehr, Klimaschutz und Umwelt (damals Senatorin Regine Günther, Grüne) niemals ausgegeben. Zwischen Juli 2022 und dem 18.12.2023 wurde dann die Brunnenanlage auf Anweisung der Senatsverwaltung gänzlich außer Betrieb gesetzt. Die Niederschläge im Jahr 2023 sorgten so für ein Absaufen der Häuser.

Die Wiederinbetriebnahme erfolgte am 18.12.2023 auf Anweisung der neuen Staatssekretärin Britta Behrend (CDU). Dieser Notbetrieb der überalterten Anlage wird nun fortgesetzt, solange erhöhte Grundwasserstände bestehen.

Die geplante Wiederinbetriebnahme der Trinkwasserförderung durch das Wasserwerk Johannisthal ist für 2032 vorgesehen. Bis dahin sollen die Altlasten im Einzugsgebiet beseitigt sein. Bis zur Wiederinbetriebnahme sollen nun die bestehenden Unterstützungsmaßnahmen im Blumenviertel fortgesetzt werden, sodass auch in Johannisthal die Grundwasserpegel stabil bleiben sollten.